

Wird die Steckdose zum Statussymbol?

Leserbriefe zum Thema „600 000 Haushalte jährlich ohne Strom“

Der scharfe Preisanstieg für Strom und Gas hat zu ernststen Zahlungsschwierigkeiten für mehr und mehr Verbraucher geführt. Es trifft diejenigen Bürger, die sich keine Photovoltaikanlage über ihrer Mietwohnung leisten können, die aber den Eigenheimbesitzern die für 20 Jahre garantierte Einspeisevergütung mit ihrer Stromrechnung bezahlen dürfen.

Der Anstieg der Energiepreise stellt vor allem Einkommensschwache vor Probleme.

Wegen unbezahlter Rechnungen sei schätzungsweise 600 000 Haushalten 2010 die Energieversorgung abgeschaltet worden, teilte die Düsseldorfer Verbraucherzentrale NRW mit. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ergab, dass sich einkommensschwache Haushalte mit einem Prozent ihres Vermögens an der Energiewende beteiligen; reichere dagegen nur mit 0,1 Prozent. Die Finanzierung der Energiewende sei unsozial.

Die einzig richtige Reaktion der Politik auf dieses von ihr selbst geschaffene Problem wäre eine sofortige Senkung der Energiesteuern und -abgaben auf das Niveau unserer Nachbarn. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt nämlich, dass der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 nochmals um 70 Prozent steigen wird. Aber die Regierung denkt nicht daran. Weiterhin sollen alle Kostensteigerungen der Energiewende auf die Verbrau-

cher abgewälzt werden. Minister Altmeier hat es schon angekündigt: Man wird Energiekostenzuschüsse erfinden und sie an die von der Energiearmut Bedrohten über die Sozialämter verteilen. Das hat für den Bürokratenstaat den Vorteil, dass Bürger zu Bitt- und Antragsstellern und damit in ihrem vermutlich nicht klimagerechten Energieverbrauch kontrollierbar werden. Die anderen zahlen dafür um so mehr Steuern.

Günter Keil, Sankt Augustin

FOTO: DPA